

IN ARMUT AUFWACHSEN WÄHREND KRISENZEITEN

Die Expertise in aller Kürze

Begleitheft
mit Informationen
auch in Leichter
Sprache



Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie

BERLIN



IMPRESSUM

Herausgeberin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin-Mitte
www.berlin.de/sen/bildung

in Zusammenarbeit mit

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
60439 Frankfurt am Main

Foto

LSOphoto/istockphoto

Druck

Kern GmbH

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin.

Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung für politische Parteien verwendet werden.

In Armut aufwachsen während Krisenzeiten

Die Expertise in aller Kürze

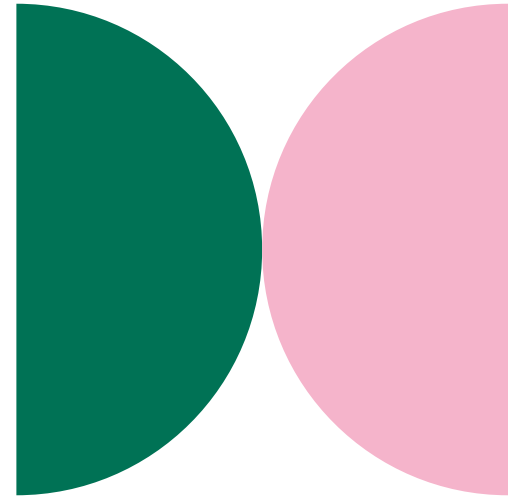
Das Ziel der vorliegenden Expertise ist, einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen zu geben und sich den spezifischen Lebenslagen, Bedarfen und Wünschen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Berlin anzunähern. Hierfür wurden eine systematische Literaturanalyse der Studienlage sowie leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen der Selbsthilfe und armutsbetroffenen Müttern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen geführt. →

Die Studienlage zeigt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche im Allgemeinen sowie auf sozial benachteiligte Familien im Besonderen. Diese werden nach den vier Bereichen der gesamtstädtischen Berliner Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut – materielle Versorgung, Teilhabe, Bildung und Gesundheit – differenziert. Während die Pandemie zwar alle Familien getroffen hat, zeigt die Literaturanalyse, dass Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien die Auswirkungen in besonderem Maße zu spüren bekamen. Im Bereich der materiellen Versorgung waren insbesondere Alleinerziehende und Eltern von Kindern mit Behinderungen von Einkommensverlusten und Kürzungen auf der Arbeit betroffen. Armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen stand seltener bedarfsgerechter Wohnraum als Ressource zur Verfügung, was zu einer erhöhten Belastung in der Pandemie führte. Im Bereich der Teilhabe zeigte sich eine massive Einschränkung für Kinder und Jugendliche: Die Zufriedenheit mit der Freizeitgestaltung und der Kontakt zu anderen Personen gingen stark zurück. Insbesondere armutsbetroffene Kinder und Jugendliche gaben an, durch die Pandemie vermehrten Unterstützungsbedarf zu haben, gleichzeitig verloren gerade sie am häufigsten den Kontakt zu sozialpädagogischem Fachpersonal. Auch im Bereich Bildung zeigte sich eine besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Gruppen: Kinder mit Migrationshintergrund hatten einen besonderen Anstieg beim Sprachförderbedarf, Jugendliche mit Migrationshintergrund machten sich besonders starke Sorgen um ihre berufliche Zukunft und Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status gaben besonders häufig an, ihre Kinder im Distanzunterricht nicht adäquat unterstützen zu können. Bei den Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen fühlte sich nur knapp ein Drittel zu Pandemiebeginn von ihrer Kita oder Schule unterstützt. Auch im Bereich Gesundheit zeigten sich die Auswirkungen der Pandemie

etwa durch schlechteres Gesundheitsverhalten, wie z. B. ungesunde Ernährung, oder durch die Zunahme von psychischer Belastung, verstärkt bei armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen und bei Personen mit Migrationshintergrund.

Diese Erkenntnisse sind nicht überraschend; sie verdeutlichen nun abermals die bereits gut erforschten Ungleichheiten in unserer Gesellschaft, die durch die Pandemie verschärft wurden. Insbesondere Armutsbetroffenheit und ein niedriger sozioökonomischer Status der Eltern heben Studien wiederholt als Risikofaktoren für gutes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen hervor. Obwohl damit bestätigt wird, dass die Pandemie nicht alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen getroffen hat und bestimmte Gruppen vor spezifischen Herausforderungen standen, ist die Studienlage zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und auf deren Familien noch stark ausbaufähig. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen tauchte in den Analysen der Studien nur sehr selten explizit als distinkte Gruppe auf. Dementsprechend sind konkrete und ausführliche Aussagen über die Auswirkungen der Pandemie auf diese Personengruppe auf Basis der Erkenntnisse aus der Studienlage nicht möglich. Während Armutsbetroffenheit zwar teilweise als Merkmal erhoben wurde, fand eine Verschränkung von Armutsbetroffenheit und Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen nicht statt. Die Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews mit den drei Expertinnen und vier Müttern aus Berlin liefern daher eine erste Annäherung an die Auswirkungen der Pandemie auf die Zielgruppe der armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen.

Die interviewten Expertinnen der Selbsthilfe und die Mütter leben in unterschiedlichen Lebenssituationen. Die meisten von ihnen sind alleinerziehend. Einige haben aber auch Partner. Sie haben jeweils mindestens ein Kind



mit Behinderung; diese befinden sich allerdings in unterschiedlichen Lebensphasen – von der Kita bis zum jungen Erwachsenenalter. Einige von ihnen sind Teilzeitbeschäftigte, einige andere sind hingegen Vollzeitpflegende. Den Müttern ist allen gemein, dass sie armutsbetroffen im Sinne der Abhängigkeit von Sozialleistungen sind und aufgrund der Pflege und Betreuung ihrer Kinder maximal mit einem geringen Stundenumfang am Erwerbsleben teilhaben können. Trotz der unterschiedlichen Lebenssituationen und dem kleinen Stichprobenumfang (drei Expertinnen und vier Mütter) konnten viele übergreifende strukturelle Problemlagen, Bedarfe und Wünsche der Familien mit Kindern mit Behinderungen herausgearbeitet werden. Die Ergebnisse sind für das Land Berlin dennoch weder erschöpfend noch repräsentativ.

In der Befragung der Expertinnen und Mütter zeigte sich, dass sich viele Probleme in der Krisenbewältigung auf grundlegende Problemlagen in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zurückführen lassen. Diese Probleme wurden durch die Corona-Pandemie zwar in besonderem Maße für die Familien potenziert, bestanden aber bereits zuvor. Da davon auszugehen ist, dass diese Problemlagen auch nach einem Ende der Pandemie weiterhin bestehen würden, kommt ihnen eine besondere Bedeutung in jeder Strategie zur Verbesserung der Lebenslagen der Zielgruppe zu. Während es zwar viele verschiedene Anlaufstellen, Ämter und Sozialmittel für Kinder und Jugendliche in Berlin gibt, führen diese strukturellen Problemlagen dazu, dass eine bedarfsgerechte Unterstützung für kaum eine der Familien stattfand. Informationen seien intransparent und zu komplex, es gäbe keine übersichtlichen Darstellungen von zielgruppenrelevanten Informationen und die Zuständigkeiten im System seien weit verteilt und untereinander wenig vernetzt. Für die Familien sei das System aktuell daher kaum zugänglich oder aber der Zugang erfordere ein übermäßiges Maß an eigenem Ein-

satz und Ressourcen. Verstärkt wird der fehlende Zugang zum System durch den Fachkräftemangel, den sowohl die Expertinnen als Fachkräfte als auch die Mütter als grundsätzliches Systemproblem identifizieren. Hier zeigt sich ein Ansatzpunkt für einen dringenden Verbesserungsbedarf auf:

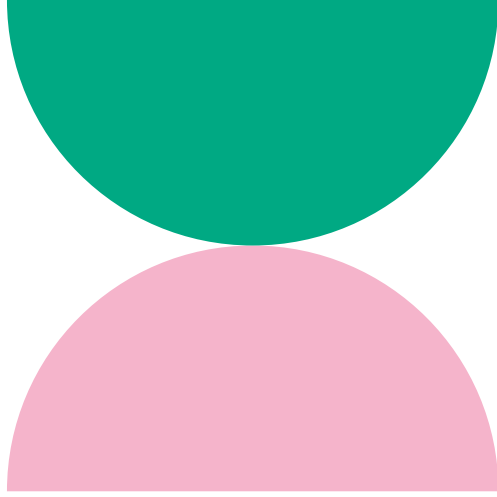
Die Ressourcen des Systems und die Unterstützungsmöglichkeiten kommen bei den Familien oft nicht an. Die Familien und die Expertinnen wünschen sich daher strukturelle Änderungen: Informationen sollen gebündelt, übersichtlich und zielgruppengerecht dargestellt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Fachkräfte der Selbsthilfe und die pflegenden Angehörigen Entlastung erfahren, indem sie ihre Ressourcen nicht für aufwändige Informationssuche verwenden müssen. Eine Hauptforderung zur Entlastung der Familien ist ein Fallmanagement: Eine einzelne Fachkraft soll langfristig und umfassend für eine Familie zuständig sein. Ein Fallmanagement würde die vielen verschiedenen Wege im System, die Familien aktuell nehmen müssen, bündeln und könnte die Familien in ihren Lebenslagen und mitunter multiplen Belastungen wie Armutsbetroffenheit umfassend wahrnehmen und unterstützen.

Neben den strukturellen Problemen im Unterstützungssystem zeigte sich auch die Bedeutung davon, Familien in multiplen Problemlagen zu erfassen: Eine fehlende interkulturelle Öffnung der Fachstellen und geringere Ressourcen durch Armutsbetroffenheit erschwerten zusätzlich den Zugang zum System. Für die interviewten Mütter kam es auch immer wieder zu Konfliktpunkten mit dem System. In den Konflikten fehlte ihnen Unterstützung, daher fordern sie die Einrichtung einer Beschwerdestelle. Dabei muss die Beschwerdestelle unabhängig und neutral sein, um eine sichere Anlaufstelle für Familien darzustellen, die bereits im Konflikt mit dem System stehen und unter Umständen Sorgen vor Retributionen haben.

In der Pandemie entstanden für die Familien von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zusätzliche Belastungen. Auch wenn sich Überschneidungen mit den Erkenntnissen der Literaturanalyse zeigen, etwa bei einer Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens oder einer Einschränkung im Freizeitverhalten und den Sozialkontakten, zeigt sich auch hier, dass die Gruppe der armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen und ihre Familien vor spezifischen Herausforderungen standen. Anhand der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird deutlich, dass es gezielte Erhebungen zu den Lebenslagen und Bedarfen der Familien braucht, die sie in den Fokus rücken. Der Unterschied zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien im Allgemeinen zeigte sich deutlich in den Berichten der Expertinnen und Mütter. So war die Bildungsteilhabe der Kinder und Jugendlichen im Distanzunterricht oft stark eingeschränkt, insbesondere, wenn sonderpädagogische Bedarfe bestanden. Aus Sicht der Mütter sind ihre Kinder dabei in der Gesamtstrategie zur Beschulung während der Pandemie hinten runtergefallen. Gleichzeitig konnten die pflegenden Angehörigen die Ganztagsbetreuung ihrer Kinder und Beschulung im Distanzunterricht zusätzlich zu dem Aufwand im Umgang mit dem Unterstützungssystem kaum leisten. Die Mütter sowie die

Expertinnen beschreiben in der Krise einen Zustand von Überforderung und fehlender Unterstützung aus dem System. Auch in den weiteren Bereichen – materielle Versorgung, Teilhabe und Gesundheit – zeigt sich dieses Muster. Die Interviewten fordern einstimmig, dass es eine gezielte und systematische politische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien geben muss. Beide Gruppen verweisen dabei darauf, dass es in Berlin bereits viele und gut etablierte Strukturen der Selbsthilfe mit Expertise gibt.

Die vorliegende Expertise verdeutlicht: Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie ihre Familien stellen eine Gruppe mit besonderen Bedarfen dar, die sowohl vor der Pandemie als auch in der Krisenbewältigung mit vielen Herausforderungen konfrontiert wird. Aus Sicht der Autorinnen sollten Menschen mit Behinderungen in wissenschaftlichen Befragungen und Studien ausdrückliche Berücksichtigung und somit ein Gehör bei zentralen Veränderungsprozessen finden. Denn das Wissen um die Hürden im System, die Bedarfe in ihren eigenen Lebensrealitäten sowie um hilfreiche Lösungsvorschläge ist bei den betroffenen Personen vorhanden und soll verstärkt bei der Gestaltung inklusiver Politik genutzt werden. ▶



Informationen in Leichter Sprache

Der Text heißt: In Armut aufwachsen während Krisenzeiten.

Das bedeutet: Einige Kinder sind arm.

Alle Kinder wohnen in Berlin.

Und sie werden groß während Corona.

Oder einer anderen schweren Zeit.

Es geht um die Probleme der Kinder.

Das sind Probleme wie Bildung und Gesundheit.

Und auch **materielle Versorgung** und **Teilhabe**.

Materielle Versorgung meint Sachen.

Zum Beispiel Bücher.

Und **Teilhabe** meint dabei sein und mitmachen.

Zum Beispiel in der Schule oder einem Sportverein.

Einige Kinder sind eingeschränkt.

Weil sie zum Beispiel blind sind.

Oder die Kinder sind taub.

Sie brauchen Hilfe.

In der Corona Zeit mussten wir alle zuhause bleiben.

Für arme und eingeschränkte Kinder war das schwer.

Und für die Eltern war es besonders schwer.

3 Fach-kräfte und 4 Mütter sagen:
Welche Probleme die Kinder haben.
Und welche Hilfe die Kinder brauchen.
Die Mütter leben mit den Kindern allein.
Sie er-ziehen die Kinder allein.

Die Hilfe bekommen sie von vielen Ämtern.
Für die Hilfe müssen sie viele Fragen be-antworten.
Das ist schwer.
Es macht viel Arbeit.
Und die Mütter haben wenig Zeit.
Die Ämter sollen die Hilfe besser machen.

Viele Probleme gibt es schon lange.
Die Probleme waren schwerer in der Corona Zeit.
Die Kinder und Mütter fühlten sich schlecht.

Problem:

Die Infos sind zu viel.
Sie sind schwer zu verstehen.
Und auf zu viele Ämter verteilt.

Lösung:

Die Mütter wollen eine Über-sicht.
Die Über-sicht soll alle Infos sammeln.
Damit jeder schnell die Infos hat.
Und leicht Hilfe bekommt.

Problem:

Es gibt zu wenig Hilfe von Fach-kräften.

Weil es zu wenige Fach-kräfte gibt.

Lösung:

Deshalb wollen die Mütter mehr Fach-kräfte.

Eine Fach-kraft für jedes Kind.

Die Fach-kraft soll dem Kind über eine lange Zeit helfen.

Problem:

Es gibt zu wenig Hilfe für arme Menschen mit

Migrations-hintergrund.

Migrations-hintergrund meint:

Menschen ziehen von einem Ort zum anderen.

Menschen suchen einen neuen Ort zum Leben.

Zum Beispiel ein neues Land.

Die neue Sprache ist schwer.

Lösung:

Die Ämter sollen besser arbeiten.

Damit alle die Infos ver-stehen.

Und die richtige Hilfe bekommen.

Problem:

Streit mit dem Amt.

Dann bekommt das Kind zu wenig Hilfe.

Lösung:

Die Mütter wollen eine neue Stelle.

Die Stelle arbeitet frei von den Ämtern.

Und sie hilft bei Streit.

Damit sich alle vertragen.

Und die Kinder schnell Hilfe bekommen.

Lösung für die Zukunft:

Die Politiker und Politikerinnen sollen mehr nach-fragen.

Und viele Menschen fragen.

Und die Politik soll mehr zu-hören.

Und auch besser zu-hören.

Eltern und Fach-kräfte und Kinder sollen mehr sagen dürfen.

Sie sollen mit-reden dürfen bei politischen Ver-besserungen.

Damit alle besser Hilfe bekommen.



Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin
Tel.: 030 90227-5050